

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa.  
Jahrgang Nr. 20.

**Amtsblatt**

Verlagsort: Riesa 21304.  
Stroßstraße Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 37.

Freitag 14. Februar 1919 abends.

72 Jahre.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt monatlich 3.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Spalten) 30 Pf., Überschrift 25 Pf.; gelbdruckter und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anzeigerbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Lang & Winterlich, Riesa. Verlagsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnke, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Höchstpreise für Gemüse.

Vom 16. Februar 1919 ab gelten nach Verordnung des Wirtschaftsministeriums — Landesstelle für Gemüse und Obst — vom 28. 1. 1919 gemäß der einschlägigen Vorschriften der Reichsstelle für Gemüse und Obst und unter Quarantäne der von dieser anerkannten Preisspannen bis auf weiteres die nachstehend aufgeführten Erzeuger-Groß- und Kleinhandels-Gemüsehöchstpreise.

Vertragsfreie Ware.	Vertragsware.	Groß-Preis.	Klein-Preis.
1. Weiße Kohlrüben		4.20	7.05
16.—28. Februar			10.—
2. Weiße Kohlrüben			5.70
16.—28. Februar	2.05		8.25
3. Gerbst., Wasser-, Stoppel-, Wastüben			3.55
16.—28. Februar	2.70		6.25
4. Runkelrüben (Futter- runkelrüben)			4.—
16.—28. Februar	3.20		6.75

Großenhain, am 12. Februar 1919.

424 VI.

Der Kommunalverband.

## Margarine betr.

Der Kommunalverband wird auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums — Landesstelle für — in der Woche vom 17.—23. Februar 1919 in den Städten Großenhain, Riesa und Abtzen, sowie in den Landgemeinden Gröba, Randschütz, Jaitzahn, Köderau, Adora, Rosdorf, Altdorf, Bausitz, Nerschwitz, Goltzsch, Bohren, Weida, Poppitz, Gröbisch, Glaubitz, Raundorf b. G., Bilschleben, Kleinrauschütz, Großrauschütz, Prietewitz und Weibitz bringen. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund beträgt 2.24 M.

Großenhain, am 13. Februar 1919.

312 b IV.

Der Kommunalverband.

## Butter betr.

Der Buchstabe D der Preisfestkarte, gültig vom 17.—23. Februar 1919, darf nur mit einem Anteil Stücken Butter beliefert werden. Betriebsmärkte für Ostwirtschaften dürfen ebenfalls nur zur Hälfte beliefert werden. Die Milchviehhalter dürfen auf den Kopf der von ihnen zu beliefernden Personen das Doppelte, also ein Viertel Stücken Butter verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 13. Februar 1919 — Margarine betr. — hingewiesen.

Großenhain, am 13. Februar 1919.

291 f IV.

Der Kommunalverband.

## Nationalversammlung.

Präsident Hauptmann eröffnet die gestrige Sitzung um 3 Uhr 30 Min. mit der Beratung eines vom Präsidenten Dr. David eingegangenen Schreibens, worin dieser infolge seiner Berufung in die Reichsregierung sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt. Ferner ist ein Schreiben des Reichspräsidenten eingegangen über die Bildung des Reichsministeriums. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein zur Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

## Präsident des Reichsministeriums Scheidemann

ergreift das Wort und teilt zunächst das Programm des Reichsministeriums mit, umfassen die Aufgaben der nächsten Zukunft, mit dem folgenden hauptsächlichsten Punkte enthält: Festigung der Einheit des Reiches durch eine harte Zentralgewalt, Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten an Wilsons Programm, Ablehnung jedes Gewaltvertriebes, Wiederherstellung des deutschen Kolonialgebietes, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbunde, gleichzeitige und gegen-eitige Wählung, obligatorische Schiedsgerichte zur Vermittlung von Kriegen, Abschaffung der Geheimdiplomatie. In der inneren Politik demokratische Verwaltung, Herausziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst, Schaffung eines Volksheeres auf demokratischer Grundlage zum Schutze des Vaterlandes, wesentliche Herabsetzung der Dienstzeit, Entlassung der in den Kavernen befindlichen Soldaten auch des Jahrganges 1899, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Nationierung und Abschaffung für notwendige Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle bzw. Sozialisierung, soweit sie sich dazu eignen, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann; auf sozialpolitischem Gebiete planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterhauses, der Säuglings- und Jugendfürsorge, Regelung des Arbeitsnachweises auf öffentlich-rechtlicher paritätischer Grundlage, Schaffung eines freihändlerischen Beamten- und Disziplinarrechtes, Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verstärkte Erhaltung der Kriegsgewinne, wiederholte Erhebung einer Mehrwertsteuer, Heranziehung des Vermögens zur Verminderung der Reichsschulden, Sicherstellung der Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Vereine und Versammlungen.

Bei Besprechung der inneren Wirren erklärt Scheidemann: Wir haben zur Vermittlung des Bürgerkrieges alles getan, nicht zuletzt auch, weil wir wußten, daß nach Entfesselung des Bürgerkrieges Schuldschleifen auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sein würden. Man

kann nicht neben den Soldaten einen Minister stellen, der aufpaßt, daß der Soldat nicht über die Stränge schlägt. Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, welche allen Warnungen und Beschränkungen zum Trotz das Verderben entfesselt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Was das Programm des Präsidenten Wilson betrifft, so ist es von uns immerher Anerkennungswürdigem angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach in schweren Kämpfen erworben. Die sollte es anders als freudig dem Grundsatze huldigen, daß Völker und Völkerteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett herbeigeführt werden können? Aber es darf auch keine neue Sklaverei eingeführt werden. Das deutsche Land wird und soll das Vaterland aller derer sein, die Deutsche sein und bleiben wollen. Keines seiner Völker soll in Schmach und Not verfallen. Die Machtvollkommenheit der Entente können wir wohl zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 20 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im inneren ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. (Allseitige lebhaft Zustimmung.)

Unter lebhaftem Beifall richtet Scheidemann einen warmen Appell an alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit gewahrt haben, und in der Forderung auf sofortige Heimendung der Kriegsgesangenen zu unterstützen. Die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist die Verrückung der Klaffen unterer Schichten. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen. Es würde sinnlos und unnützlich sein, die Tatsache verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neu gebildeten Regierung über das Ideal der kommenden Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Aber ich glaube, sagen zu dürfen, kein Mitglied der Regierung vertritt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgedraht, noch ohne die schwerste Gefahr für das Ganze übersehen werden kann. Was uns zusammenführt, das war das harte Ruß und die bittere Not. (Lebhafte Zustimmung.)

Hg. Gröber (Zentr.): Es sind nun schon mehr als 4½ Monate, seit Deutschland um Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Weltgeschichte noch nie vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet, und nach 4½ Monaten noch nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erklärt sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede französische und polnische Annetionspolitik und erhebt Einspruch gegen den Plan, den Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden sollte. Gegen Annetionspolitik und Bolschewismus muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen. Es braucht deshalb eine Volkswehr. Dann schäuden wir der früheren Armer für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk und Land geleistet hat. Der Wert der Soldatenräte als Vertrauensauslässe ist anzuerkennen, ihre politische Tätigkeit aber zu verwerfen. Den großen Grundsatze nicht nur der persönlichen, sondern auch der genossenschaftlichen Freiheit, der Reiz-

## Weldeordnung betr.

Die Bekanntmachungen vom 6. August und 28. Dezember 1914, 18. Juni und 12. August 1915, die verschärfte Meldeordnung in der Stadt Riesa, werden hiermit aufgehoben. An ihre Stelle treten die Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldewesen in der Stadt Riesa vom 25. Juli 1906; auf die hiermit gleichzeitig zur genaue Beachtung hingewiesen wird.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. Februar 1919.

Erdm.

## Erhebung der Kartoffelvorräte in Gröba.

Nach Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums findet am 15. Februar 1919 eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln in der Gemeinde Gröba statt. Wer mit Beginn des 15. Februar 1919 Kartoffeln in Gewahrham hat, ist verpflichtet, seine gesamten Vorräte der Gemeindebehörde des Ortes anzuzeigen, in dem sie lagern.

Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalte bestimmt sind, sind nur anzudeuten, wenn sie 20 Pfund übersteigen; ist das nicht der Fall, so ist die Anzeige gleichwohl zu erstatten, nur sind bei geringerem und Pfund in dem Vorbrude Striche zu setzen.

Gelegentlich der Vorraterhebung soll auch festgestellt werden, wieviel in der hiesigen Gemeinde noch Kartoffeln gebrannt werden, um die noch unbelieferten Landeskartoffelartenabschnitte sowie die Wochenkartoffelarten bis zum Ende des Wirtschaftsjahres zu beliefern.

Die Vorbrude für die Vorraterhebung und die Bestandsfeststellung werden den hiesigen Haushaltungsvorständen bis zum 14. Februar zugestellt. Verlangsberechtigte Personen erhalten Vordruck I, Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Herbst 1918 größer als 200 qm war, erhalten Vordruck II und zur Feststellung des noch vorhandenen Kartoffelbedarfs ist Vordruck III zu verwenden. Die Vorbrude sind mit der größten Gewissenhaftigkeit auszufüllen, da nur dann die ordnungsmäßige Lieferung von Kartoffeln bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres gewährleistet werden kann. Am 17. Februar früh sind die Vorbrude fertig ausgefüllt zur Abholung bereit zu halten.

Gröba, am 12. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Der Kommunalverband Großenhain hat für die Bestellung im Frühjahr größere Mengen Gemüsesamen beschafft. Der Verkauf wurde der Firma F. C. Schulze, Großenhain, übertragen. Eine Preisliste über die Sorten, die sofort zu haben sind, liegt im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 10, aus.

Gröba (Elbe), am 12. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Fleischmarkenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 15. Februar 1919, nachmittags 4—5 Uhr, werden in den bekannten Markenausgabestellen die Fleischmarken auf die nächsten 4 Wochen ausgegeben.

Gröba (Elbe), am 14. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Milchkarten werden Sonnabend, den 15. Februar, im Gemeindeamt von 8—10 Uhr ausgegeben.

Weida, am 14. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

gionslösung wollen wir uns für die Gesamtheit des deutschen Volkes retten. Die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, die auf dem Boden der Freiheit zu erfolgen hat. Durch unseren Eintritt in die Regierung sind in dieser mehr als 50 der Nationalversammlung vertreten. Durch unsere Vertretung wird auch die Politik der Reichsregierung beeinflusst. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man darf künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen. Wir sind nicht Minister einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung und bleiben Zentrumsmittler. Wir waren stets Anhänger der Demokratie. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Parteienentwicklung war. Die Revolution vom 9. November hat uns völlig militärisch und finanziell aus der Fassung geschlagen. Ohne sie hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde wollen die, nach allem was geschehen ist, auf dem Boden der selbstgezogenen Tatsachen. Wir wollen die demokratische Republik, weil wir in ihr die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen. Wir wollen die demokratische Republik auf demokratischer Grundlage. Wir sind aber Gegner einer unbeschränkten Deklamation und Zentralisierung. Man darf nicht glauben, daß der Ruf „Los von Berlin“ nur aus einer bloßen Oppositionslust entstanden ist. Warum soll man auch den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, in Rahmen des Ganzen nach ihrer Eigenart ihre Verhältnisse zu ordnen? Wie würden es begrüßen, wenn die Deutschen Österreicher zu uns kommen würden, nachdem sie lange Jahre durch eine falsche Nachtpolitik aus Deutschland verdrängt worden waren. Nach der Abstammung und Gesinnung gehören sie zu uns. Mögen sie bald zu uns kommen. Unsere Volkseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Geiste der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufbauen. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewalttätigkeiten errungen worden, sondern durch Lächlichkeit und Fleiß.

Hg. D. Naumann (Dem.): Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts im möglich gewesen. Aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen, denn eine bürgerliche Mehrheit würde die Revolution nicht beenden können, denn gerade diese Zusammenfassung würde alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Opposition formieren und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte nicht gewährleisten. Dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechte als eine Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. (Sehr richtig.) Es bleibt nur die zweite, in diesem Laufe vorhandene Mehrheitsmöglichkeit übrig. Die Zusammenfassung der Mehrheitssozialisten mit den demokratisch fühlenden Gruppen. Es muß der Volkstaat, die Republik geschaffen werden. Denn auch dem Verächter der Monarchie bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diesen Volkstaat zu bauen, mit allen Kräften, mit aller Umgebung und Freude. Bestimmt und unzweifelhaft muß gesagt werden, daß heute ein Traum vom Wieder-